

Vorratsdatenspeicherung kippen!

Vorratsdatenspeicherung kippen!
c/o Dennis Morhardt | E.-Ollenhauer-Str. 104 | 38228 Salzgitter

Sigmar Gabriel / SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Vorratsdatenspeicherung ist der falsche Weg!

Berlin, 10. Mai 2011

**Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Sigmar Gabriel,
liebe Genossinnen und Genossen,**

die Vorratsdatenspeicherung, wie sie derzeit von verschiedenen Seiten gefordert wird, stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger dar.

Wir lehnen die grundsätzliche, verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (euphemistisch auch Mindestdatenspeicherung genannt) von Telefon- und Internetverbindungen ab. Diese ist mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar. Die derzeitige Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unangemessenes Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat zu Recht im März 2010 die bisherige Umsetzung für verfassungswidrig erklärt. Auch die EU-Kommission überdenkt mittlerweile ihre eigene Position zur Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie (2006/24/EG).

Vorratsdatenspeicherung ist der falsche Weg!

Zur Aufklärung von Straftaten, die über das Internet vollzogen werden, müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein.

Erst dann können wir der Speicherung und den Abruf von IP-Adressen innerhalb einer Frist von wenigen Tagen und nur zum Zwecke der Strafverfolgung zustimmen. Wir sehen es weder für erforderlich noch als zielführend an, dass neben Telefon- und Internetverbindungsdaten auch Positionsdaten von Mobiltelefonen gespeichert werden. Dies schränkt die persönliche Freiheit jeder einzelnen Bürgerin und Bürgers massiv ein.

Der Zugriff auf die Daten muss klar und streng gesetzlich reglementiert sein. Neben einem zwingenden Richterbeschluss darf nur in konkreten Verdachtsfällen über schwerste Straftaten von Polizei und Staatsanwaltschaft auf die Daten zugegriffen werden. Der Zugriff muss für alle Betroffenen nach Abschluss der Ermittlung nachvollziehbar sein. Datenmissbrauch muss ein Riegel vorgeschoben und der Datenschutz muss gewahrt bleiben. Forderungen auf Zugriff auch in zivilrechtlichen Fällen, wie bei Verdachtsfällen von Urheberrechtsverletzungen, lehnen wir konsequent ab.

Berufsheimlichkeitsbesitzer und bestimmte Berufsgruppen wie Journalisten oder Priester müssen auch künftig besonders geschützt werden: Ein Datenzugriff und die Verwertung darf dort unter keinen Umständen erfolgen.

Wir warnen davor, dass durch Forderungen nach einer umfassenden Vorratsdatenspeicherung die langwierige inhaltliche und vertrauensbildende Arbeit von Netzpolitikern in den Fraktionen und Basisgruppen der SPD zunichte gemacht wird. Des Weiteren weisen wir auf den Antrag des SPD-Bundesparteitags 2009 hin, der unter anderem die Stärkung des bürgerlichen Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, ein Verbot der Weitergabe von Daten an staatliche Institutionen und die Abschaffung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung fordert.

Vorratsdatenspeicherung ist der falsche Weg!

Die Diskussion der letzten Tage hat gezeigt, dass die Debatte über die Vorratsdatenspeicherung innerhalb der SPD keinesfalls beendet wurde und die Vorratsdatenspeicherung von vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten abgelehnt wird. Auch die SPD in Baden-Württemberg und Bremen haben jeweils klare Absagen gegen die Vorratsdatenspeicherungen beschlossen. In Hessen wartet die dortige SPD-Fraktion seit Januar 2011 bis heute auf eine Antwort der schwarz-gelben Landesregierung, ob und in wie weit die Vorratsdaten überhaupt zur Strafaufklärung beigetragen haben (LT-Drs. 18/3655).

Wir alle sind aufgerufen, selbst nicht mehr mit alten, fehlerhaften Konzepten zu arbeiten, sondern neue, sozialdemokratische Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

- **Daniel Bär**, Jusos Köln
- **Jens Best**, Forum Netzpolitik Berlin, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand
- **Gerhard Boehmler**, stellv. SPD-Kreisvorsitzender Tübingen, Beirat Netzpolitik SPD Baden-Württemberg
- **Ulf Buermeyer**, Richter am Landgericht Berlin, Forum Netzpolitik Berlin
- **Dr. Kai Dolgner MdL**, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
- **Lennart Fey**, Abgeordneter des Kreistages Herzogtum Lauenburg
- **Alvar Freude**, Mitglied der Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Bundestages
- **Nikolaus Gradl**, Stadtrat und Fraktionsvorstandmitglied der SPD-München
- **Yannick Haan**, Forum Netzpolitik Berlin
- **Rainer Hamann MdHB**, Sprecher für Medienpolitik und Datenschutz der SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen
- **Andreas Helsper**
- **Petra Kammerevert MdEP**

Vorratsdatenspeicherung ist der falsche Weg!

- **Sven Kohlmeier MdA**, Sprecher für Datenschutz und Informationsfreiheit der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
- **Nico Lumma**
- **Jens Matheuszik**, SPD Olfen
- **Dennis Morhardt**, Forum „Demokratie und Partizipation im Internet“ der SPD Niedersachsen, freier Webentwickler
- **Jan Mönikes**, Mitglied des Parteirates der SPD
- **Ute Pannen**, Forum Netzpolitik Berlin, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand
- **Jan Petter**, Jusos Göppingen
- **Mathias Richel**, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand
- **Florian Ritter MdL**, Datenschutzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern
- **Maximilian Schmidt**, Mitglied im Landesparteirat der SPD Niedersachsen
- **Jonathan Schorling**, Vorsitzender der Jusos Niedersachsen
- **Michael Servos**, Ratsherr der Stadt Aachen
- **Christian Soeder**, Beirat Netzpolitik SPD Baden-Württemberg
- **Sven Thomsen**, Sprecher AK Digitale Gesellschaft der SPD Schleswig-Holstein
- **Henning Tillmann**, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand
- **Grant Hendrik Tonne MdL**, Sprecher des Forums "Innere Sicherheit" der SPD Niedersachsen
- **Petra Tursky-Hartmann**, Vorsitzende des Virtuellen Ortsvereins (VOV) der SPD von 1997-1999 und 2002-2008
- **Jens Vogel**, SPD Minden-Lübbecke, SocialMedia-Konzepter
- **Steffen Voß**, Mitglied des AK Digitale Gesellschaft der SPD Schleswig-Holstein
- **Carsten Wawer**, barracuda digitale agentur GmbH
- **Jonas Westphal**, Forum Netzpolitik Berlin, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand
- **Markus Winkler**, Projektleiter des Instituts für Kommunikation in sozialen Medien
- **Oliver Zeisberger**, barracuda digitale agentur GmbH, Mitglied des Gesprächskreises "Netzpolitik und digitale Gesellschaft" beim SPD-Parteivorstand